



Die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts kommt nicht bei allen an

- die Zahl der Hartz-IV-Empfänger steigt, die Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau
- 129.200 mehr Beschäftigte aber nur 16.368 weniger Arbeitslose als vor einem Jahr
- 72.844 Personen haben ihre Arbeitslosigkeit beendet, aber nur 22.586 Personen konnten in eine Erwerbstätigkeit übergehen
- 329.748 erwerbsfähige Leistungsberechtigte im SGB II, 12.039 mehr als vor einem Jahr

Stuttgart, 29. September 2017. Die Zahl der Arbeitslosen ist im September 2017 um 12.196 Personen gesunken, wobei aber der Anstieg des Vormonats dadurch nicht ausgeglichen werden konnte. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist sie um 16.368 Personen niedriger ausgefallen, dieser Rückgang ist jedoch gegenüber der Gesamtzahl von 209.729 Arbeitslosen in Baden-Württemberg eher gering.

Auf dem Hintergrund, dass es insgesamt 129.200 Beschäftigte mehr als vor einem Jahr gibt (insgesamt 4.563.700), stellt man fest, dass sich die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts nicht im Abbau der Arbeitslosigkeit niederschlägt. Die Arbeitsmarktentwicklung lässt die Arbeitslosen zurück. Die aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes (www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2017161) zeigen, dass die Beschäftigtenzahl schneller wächst als das Arbeitsvolumen. Es arbeiten also mehr Menschen – oft ungewollt - in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Aktuell sind 399.646 Menschen als arbeitssuchend gemeldet. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist also fast doppelt so groß, wie die reine Arbeitslosenzahl vermuten lässt.

Die Zahl der Unterbeschäftigten – derer, die krank oder in Maßnahmen, aber eigentlich auch arbeitslos sind, fällt mit 292.804 ebenfalls deutlich höher aus als die der registrierten Arbeitslosen. Diese Zahl ist außerdem gegenüber dem Vormonat und vor allem gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich geringer gefallen als die Arbeitslosenzahl.

Der Bericht der Arbeitsagentur weist aus, dass im September zwar 72.844 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten, dass aber nur 22.586 Personen aus der Arbeitslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt übergehen konnten. Nur 17,1 Prozent derjenigen, die aus dem SGB II, also dem Bezug von Hartz-IV-Leistungen, heraus ihre Arbeitslosigkeit beendeten, konnten auch eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Von den SGB-III-Empfängern, die aus der (Kurzzeit-)Arbeitslosigkeit abgingen, waren das immerhin 44 Prozent.

Der Bestand an offenen Stellen ist mit 108.738, genau so hoch wie im Vormonat, aber dennoch kommen auf jede gemeldete offene Stelle rechnerisch immer noch fast 2 Arbeitslose.

Die Zahl der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen ist gegenüber dem Vormonat um 7 Plätze gesunken und gegenüber dem Vorjahresmonat lediglich um 465 auf jetzt 4.674 Plätze gestiegen.

Diese Zahl ist gegenüber einer Gesamtzahl von 61.172 Langzeitarbeitslosen mehr als ungenügend und die Ausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen auf Qualifizierung anstelle von öffentlich geförderter Beschäftigung ist angesichts der Struktur der Arbeitslosigkeit, an deren Gesamtheit die Langzeitarbeitslosigkeit einen Anteil von fast einem Drittel hat, eine falsche Schwerpunktsetzung.

Die Zahl der Menschen, die insgesamt von Hartz-IV-Leistungen leben – die Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und ihre Angehörigen – ist im Jahresverlauf deutlich um 23.126 auf 464.322472.463 Menschen gestiegen. Allein die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beträgt 329.748 und damit 12.039 mehr als vor einem Jahr. Diese Entwicklung ist deutlich negativer als die der reinen Arbeitslosenzahlen.

Scheinbar gelingt es den Menschen selbst bei Aufnahme einer Arbeit nicht, sich aus der Hilfebedürftigkeit zu befreien. Dieser Trend nimmt zu. Das Phänomen steigender Armut trotz Arbeit weitet sich aus und stellt ein ernsthaftes Alarmsignal dar. Auch der soeben erschiene neue Armutsbericht der Bundesregierung weist eine ständige Zunahme der „Working Poor“ aus, das sind die Menschen, die trotz Arbeit arm bleiben.

Die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit zeigt sich unverändert an der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit für Langzeitarbeitslose, die im SGB-II-Bereich bei 584 Tagen liegt und damit erneut angestiegen ist, 9 Tage mehr als im Vormonat 14 Tage mehr gegenüber dem Vorjahresmonat. Es gibt zwar weniger Arbeitslose im Rechtskreis des SGB II, aber die bleiben dafür immer länger arbeitslos.

Die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt bestehen, sie nimmt entgegen anderslautender Meldungen zu. Demgegenüber beträgt die Dauer der Arbeitslosigkeit im SGB III, der Kurzzeitarbeitslosen, nur durchschnittlich 165 Tage. Konkret heißt das: Erwerbsfähige SGB II-Bezieher sind über 3 ½ mal so lang in der Arbeitslosigkeit wie Leistungsbezieher im SGB-III-Bezug.

Die Verbände der AG ARBEIT fordern seit langem, die positive wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, um Langzeitarbeitslosen durch eine qualifizierte öffentlich geförderte Beschäftigung die Teilhabe an Arbeit zu ermöglichen und eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Stattdessen wird inzwischen für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit doppelt so viel aus-gegeben wie für Unterstützungs- und Eingliederungsmaßnahmen.

Dabei werden nach einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (KB 4/2016) nur noch 14 Prozent aller Stellenbesetzungen über die Agenturen für Arbeit abgewickelt. Was Agenturen und Jobcenter in der Regel als ihr Kerngeschäft reklamieren, findet im Grunde weitestgehend ohne sie statt.

Es wundert nicht, dass auch der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit Detlev Scheele vor dem Hintergrund der langjährigen Entwicklungen nach mehr Eingliederungsmitteln verlangt (Stuttgarter Zeitung, 31.07.2017).

Sieht man sich die Budgets der Jobcenter (Zuweisungen 2016) an, die die Agentur für Arbeit für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellt hat, standen den Jobcentern bundesweit 3,85 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon wurden für diesen Zweck allerdings nur knapp 3,13 Milliarden Euro ausgegeben – die Ausschöpfung stagnierte auf einem historischen Tiefstand.

Diese Tendenz ist auch in Baden–Württemberg auf Ebene der regionalen Jobcenter feststellbar und für langzeitarbeitslose Menschen das falsche Signal.

Weitere Hinweise unter:

<http://www.initiative-pro-arbeit.de/>

<http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/>